



Rostock, den 25. Januar 2023

PRESSEMITTEILUNG

CDU/UFR-Fraktion kritisiert Steuerverschwendung durch zusätzliche Anmietung von Verwaltungsräumen

Die Stadtverwaltung will am Neuen Markt 11 neue Büroräume für 29 Mitarbeiter anmieten. Erforderlich macht sich der Bedarf lt. Stadtverwaltung durch die seit 1. Januar 2023 in Kraft getretene bundesweite Wohngeldreform.

Die Vorsitzende der CDU/UFR-Bürgerschaftsfraktion, Chris Günther, sieht in dieser Maßnahme eine drohende Steuergeldverschwendung. Sie führt dazu aus: „In der aktuellen Krisensituation und der schlechter werdenden Haushaltslage ist diese Maßnahme unverantwortlich. Diese Entscheidung zeigt einmal mehr, dass die Digitalisierung in der Stadtverwaltung erst am Anfang steht. Die Anmietung mit einer direkten Nähe zum Rathaus zu begründen, ist nicht zeitgemäß und lässt vermuten, dass eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre bewusst immer weiter verzögert werden soll. Wohngeldanträge können digital gestellt werden, dazu bedarf es keiner weiteren Büroressourcen. Dies hätte zuerst geprüft werden müssen, bevor neue Stellen geschaffen werden.“

Unverständlich und problematisch ist für uns die Tatsache, dass die Stadt seit Jahren Büroräumlichkeiten in der Industriestraße Schmarl anmietet, diese jedoch leer stehen, aber dafür weiter Miete zahlt. Bzgl. dieses Standortes gibt es seit längerem Diskussionen, weil Verwaltungsmitarbeiter dort aufgrund der schlechten Verkehrsverbindung und des unattraktiven Standortes nicht arbeiten möchten.

Auch wenn Räumlichkeiten am Neuen Markt repräsentativer sind muss man transparent bleiben. Das Vorgehen der Stadt ist nicht im Sinne eines sparsamen und gediegenen Haushaltes und ist an Geldverschwendung gegenüber den Bürgern nicht zu überbieten!“, so Günther abschließend.